



«Schweizer Bauer»
3001 Bern
031/ 330 95 33
www.schweizerbauer.ch

Medienart: Print
Medientyp: Fachpresse
Auflage: 30'540
Erscheinungsweise: 2x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.218
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 5
Fläche: 36'353 mm²

VORANSCHLAG 2016: Der Nationalrat will bei den Bauern weniger sparen als Bundesrat und Ständerat

«Dümmster Zeitpunkt, um Kredit nicht aufzustocken»

Der Nationalrat will bei den Direktzahlungen nicht kürzen und die Mittel beim Schoggigesetz aufstocken.

RAPHAEL BÜHLMANN

Für die Interessen der Bauern machte sich am Montag in der grossen Kammer insbesondere der Luzerner Nationalrat Leo Müller (CVP) stark. Er erinnerte seine Ratskollegen daran, dass man gegenüber der Landwirtschaft mit der AP 14–17 Verpflichtungen eingegangen sei und dass die Landwirtschaft nun der einzige Bereich sei, bei dem gegenüber der Position von 2014 effektiv und in Frankenbeträgen zurückgefahren worden sei. «2014 wurde die AP 14–17 und dann auch der entsprechende Betrag festgelegt. Jetzt will der Bundesrat 80 Millionen Franken effektiv zurückfahren, und das geht meiner Meinung nach nicht», erklärte Müller.

Nur Teuerung korrigieren

Als reine Klientelpolitik hingegen bezeichnete Marina Carobbio Guscetti (SP, TI) die Forderung der Landwirtschaft. Sie vertrat eine Kommissions-Minderheit, die dem Vorschlag des Bundes- und des Ständerates folgen wollte, der vorsah, die Direktzahlungen um 61 Millio-

nen Franken zu kürzen.

Vergeblich rechnete auch Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf dem Rat vor, dass man mit der Kürzung lediglich einen Teil der nicht eingetroffenen, aber beim Zahlungsrahmen eingerechneten Teuerung wieder herauskorrigieren wolle. Sie sagte auch, wegen des Strukturwandels gebe es mehr Direktzahlungen pro Betrieb. Grössere Betriebe könnten kostengünstiger wirtschaften. Bauernverbandspräsident Markus Ritter (CVP, SG) entgegnete: «Ihre Interpretation zur Teuerung in der AP 14–17 habe ich weder in der Botschaft noch in den Diskussionen der Räte gefunden.» Vielmehr habe Bundesrat Johann Schneider-Ammann im Ständerat gesagt, dass den Bauern auf vier Jahre 13,67 Milliarden Franken gesichert zur Verfügung gestellt würden. Die grosse Kammer sprach sich schliesslich relativ deutlich mit 125 zu 56 Stimmen bei 11 Enthaltungen gegen die Sparpläne des Bundesrates aus. Die 125 Stimmen verteilten sich auf die SVP (66), die CVP (27), die FDP (19), BDP (6), Grüne (4), SP (2) und GLP (1).

Arbeitsplätze gefährdet

Auch beugte sich der Nationalrat am Montag über das Schoggigesetz. Erneut war es

Leo Müller, der die klarsten Worte zugunsten von Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie fand: «Es wäre jetzt der dümmste Zeitpunkt, wenn wir hier bei dieser Position sagen würden: Ja gut, das geht nicht mehr, wir dürfen den Kredit nicht aufstocken.»

Dass es bei den Exportbeihilfen auch um Arbeitsplätze bei Schweizer Traditionsunternehmen wie Kambly, Camille Bloch, Hug usw. gehe, daran erinnerte ferner Rosmarie Quadranti (BDP, ZH).

Schliesslich entschied sich der Nationalrat für eine Aufstockung der Ausfuhrbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte von 26,7 Millionen auf 94,6 Millionen Franken. Der Entscheid mit fiel 117 zu 72 Stimmen bei 3 Enthaltungen, etwas weniger deutlich als bei den Direktzahlungen. In den Augen der Befürworter sei eine Erhöhung der Mittel notwendig, weil der Ausgleich heute zu tief sei. Die vom Bundesrat beantragten und vom Ständerat beschlossenen Mittel würden nur rund die Hälfte der Rohstoff-Preisdifferenz ausgleichen. Zudem beschloss der Nationalrat, den Betrag für die Investitionskredite um 5 Millionen Franken aufzustocken.

Datum: 09.12.2015

Schweizer Bauer



«Schweizer Bauer»
3001 Bern
031/ 330 95 33
www.schweizerbauer.ch

Medienart: Print
Medientyp: Fachpresse
Auflage: 30'540
Erscheinungsweise: 2x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.218
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 5
Fläche: 36'353 mm²



Will nichts von Kürzungen bei den Direktzahlungen wissen: Leo Müller (CVP, LU). (Bild: sam)